

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Preis: 20 Pf. monatlich, 2.00 Mtl. vierteljährlich, 7.00 Mtl. halbjährlich, 12.00 Mtl. jährlich. / Bei den Postämtern ist es als Zeitung für den Postverkehr eingetragen. / Die Postämter sind verpflichtet, es als Zeitung für den Postverkehr zu befördern. / Die Abnahme der Zeitung erfolgt durch den Postboten oder durch den Abonnenten selbst. / Die Abnahme der Zeitung erfolgt durch den Postboten oder durch den Abonnenten selbst. / Die Abnahme der Zeitung erfolgt durch den Postboten oder durch den Abonnenten selbst.

Interessante Pfl. für die Gärten. / Preis: 20 Pf. monatlich, 2.00 Mtl. vierteljährlich, 7.00 Mtl. halbjährlich, 12.00 Mtl. jährlich. / Bei den Postämtern ist es als Zeitung für den Postverkehr eingetragen. / Die Postämter sind verpflichtet, es als Zeitung für den Postverkehr zu befördern. / Die Abnahme der Zeitung erfolgt durch den Postboten oder durch den Abonnenten selbst. / Die Abnahme der Zeitung erfolgt durch den Postboten oder durch den Abonnenten selbst. / Die Abnahme der Zeitung erfolgt durch den Postboten oder durch den Abonnenten selbst.

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt. Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 17. Mittwoch den 22. Januar 1919. 78. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Verkauf von Heeresgut im Lager Riesa-Gröba.

Montag den 27. Januar und Dienstag den 28. Januar von vormittags 9 Uhr ab

Das Heeresgut veräußert werden, was sich in dem vom Bionier-Bataillon 22 verwalteten Lager in Gröba bei Riesa, westlich des Hafens, befindet. Die Entfernung des Lagers vom Bahnhof Riesa beträgt etwa 25 Minuten, Wegweiser sind ab Bahnhof Riesa vorhanden. Es handelt sich vornehmlich um Handwerksgerät, das für Kommunen, Handwerker und Landwirtschaft in Betracht kommt (Sägen, Axt, Beile, Beilspindel, Drahtscheren, Hämmer verschiedener Art, insbesondere solche für Maurer und Schlosser, Kreuzhacken, Stophacken, Straßengeräte, Schaufeln, Senfenblätter, Senfenstiele, Sägen, Hobel, Spaten und ähnliches). Der Verkauf erfolgt freihändig zu jeder beliebigen Zahl. Bevorzugt werden sollen Kommunalverbände und landwirtschaftliche Organisationen, wie Arbeitsgemeinschaften bei den Kreisbauvereinen, Innungen, landwirtschaftliche Genossenschaften u. a., insofern, als ihnen Verkaufrecht eingeräumt werden soll. Vertreter dieser Gruppen, mit entsprechenden Ausweisen versehen, dürfen von Mittwoch den 22. dieses Monats vormittags 9 Uhr ab das Lager besichtigen und sich die von ihnen gewünschten Gegenstände zur Zusammenstellung zu lösen heraussuchen, deren endgültige Zuteilung dann am Verkaufstage erfolgt. Verkauf nur gegen Barzahlung; Kreditsanleihe und Schenkungswillens werden zum Kennwerte in Zahlung genommen. Die Sachen werden gekauft, wie sie stehen und liegen. Gewähr für Mängel im Rechte oder der Sache wird nicht übernommen. Der Abtransport geschieht zu Lasten und auf Gefahr der Käufer. Es wird versucht werden, Verlangen zur Verfügung zu halten, die gegen Barzahlung die Gegenstände zum Bahnhofe befördern. In den Fällen, in denen der Abtransport nicht möglich ist, geschieht die Weiterlagerung ebenfalls auf Gefahr der Käufer.

Dresden, am 18. Januar 1919.

Reichsverwertungsamt, Zweigstelle Dresden (im Arbeits- und Wirtschaftsministerium).

Wahlen zur sächs. Volkskammer betr.

Die Wahlen zur sächs. Volkskammer finden in allen Gemeinden des Bezirks am Sonntag den 2. Februar 1919 von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends

Die Abgrenzung der Stimmbezirke in den Landgemeinden des Bezirks, die für die ernannten Wahlvorsteher und deren Stellvertreter sowie die für die einzelnen Stimmbezirke auszuführenden Wahlräume sind die gleichen, wie bei der Nationalversammlungswahl. Die Amtshauptmannschaft nimmt hierzu Bezug auf ihre Bekanntmachung vom 2. d. Mts., abgedruckt in Nr. 5 des „Wilsdruffer Tageblattes“ vom 8. d. Mts. Die Gemeindebehörden werden veranlaßt, auf Grund dieser Bekanntmachung bis spätestens 26. Januar 1919 in ortsüblicher Weise eine Bekanntmachung nach dem Muster zu veröffentlichen, wie es den Gemeindebehörden unter Ziffer 2 des Abschnittes VII der Wahl zur sächs. Volkskammer betreffenden Verfügung der Amtshauptmannschaft vom 30. Dezember 1918 — Nr. 10/IV — mitgeteilt worden ist.

Meißen, am 18. Januar 1919.

Die Amtshauptmannschaft.

Umsatz- und Luxussteuer.

Die Unternehmer, die Gegenstände der im § 8 des Umsatzsteuergesetzes bezeichneten Arten (Luxusgegenstände) im Kleinhandel umsetzen, werden nochmals auf die infrage kommenden Luxusgegenstände besonders hingewiesen. In Betracht kommen:

Die Einberufung der Nationalversammlung für den 6. Februar nach Weimar. Nach der Wahlschlacht.

Unter Berliner Mitarbeiter schreibt uns vom Montag nachmittag: Eines nur läßt sich heute, 24 Stunden nach Beendigung der ersten Wahlhandlung, die in Deutschland jemals vollzogen worden ist, mit Sicherheit sagen: Die Wahlen zur Nationalversammlung sind, von wenigen Einzelfällen abgesehen, ruhig und ungestört verlaufen. Für viele Leute, beteiligte und unbeteiligte, hört mit dieser Feststellung eigentlich schon das Interesse an der weltgeschichtlichen Bedeutung des Wahltages auf. Man hatte nicht erwartet, daß Spartakus so rasch klein beigegeben werde. Aber die Größe der Gefahr, die von dieser Seite her dem Wahltag drohte, hatte die Regierung doch gerade noch in äußerster Stunde zu entscheidenden Handlungen veranlaßt, und auch die bürgerlichen Parteien werden ihr zugeben müssen, daß sie es verstanden hat, den ersten unbeherrschten Erfolg zu erringen. Es war ein großer Tag, und das deutsche Volk hatte die Freiheit zu sagen, was es will. Was es gesagt hat, ist heute freilich noch nicht mit Bestimmtheit zu erkennen. Im Grunde zweifelte zwar

wohl niemand daran, daß wir rote Wahlen bekommen würden, daß eine Hochflut sozialistischer Stimmungen über das Land hinwegbrausen werde. So ist es auch gekommen, und der bestige Bruderzwist in den Reihen der sozialdemokratischen Partei hat daran im großen und ganzen ebenso wenig etwas zu ändern vermocht, wie die mühtigen Spartakuswirren, denen gerade noch zur rechten Zeit in der Reichshauptstadt ein Ziel gesetzt worden war. Die Regierungsozialisten werden, was die Stimmzahl anbetrifft, alle übrigen Parteien um mehrere, ja um viele Hunderttausend hinter sich zurücklassen und dementsprechend auch mit der Zahl ihrer Vertreter in der Nationalversammlung an der Spitze marschieren. Ob sie freilich für sich allein — unter Einrechnung ihres unabhängigen Anhängels — über die Mehrheit der deutschen Nationalversammlung verfügen werden, ist noch nicht zu erkennen. Um vieles werden sie jedenfalls hinter der absoluten Majorität nicht zurückbleiben, so daß sie in jedem Falle den ausschlaggebenden Einfluß auf das weitere Schicksal des deutschen Volkes behalten werden. Ihre Nachbarn zu Rechten, die Deutsche demokratische Partei, wird als die stärkste der bürgerlichen Parteien in die Nationalversammlung einziehen. Alle ihre Mittelstreiche

sind zwar nicht gereift, besonders hat sie in Berlin schlechter abgeschnitten, als gerade hier, bei der tief eingewurzelt demokratischen Grundstimmung der reichshauptstädtischen Bevölkerung, zu erwarten war. Aber die mit zunehmender Leidenschaft betriebene Agitation der drei neuen Volksparteien, die sich in der Mitte und auf der rechten Seite des politischen Lebens seit der November-Revolution gebildet haben, ist doch in weiteren Volkskreisen nicht ohne Wirkung geblieben. Zahlenmäßig wird dieser Erfolg allerdings kaum schwer ins Gewicht fallen; die Deutsche Volkspartei, die Christliche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei werden, alles in allem genommen, bestenfalls eine achtunggebietende Minderheit zusammenbringen, deren Opposition auch bei schärfster Anspannung aller Kräfte die Beschlüsse der Nationalversammlung höchstens in Nebenfragen beeinflussen können. Im großen und ganzen werden wir uns darauf einzurichten haben, auf der sozialistischen Bahn, die wir seit dem Sturze des Kaiserthums der Hohenzollern betreten haben, weiter fortzuschreiten. Der 19. Januar wird im wesentlichen eine Bestätigung der Ereignisse bringen, die wir in den letzten Wochen und Monaten durchlebt haben.

1. Edelmetalle, Perlen, Edelsteine, synthetische Edelsteine, Halbedelsteine und Gegenstände aus oder in Verbindung mit diesen Stoffen, einschließlich der mit Edelmetall überzogenen oder plattierten, sowie der unechten plattierten, vergoldeten oder versilberten Gegenstände. Bei Gegenständen, die aus den im Satz 1 genannten Stoffen und anderen Stoffen zusammengesetzt sind, ist der wertvollere Bestandteil für den Steuerfuß maßgebend.
2. Färbungen von Augengläsern unterliegen der erhöhten Steuer nicht.
3. Taschenuhren, sofern das Entgelt für die Lieferung einhundert Mark überschreitet.
4. Werke der Plastik, Malerei und Graphik, sowie Kopien und Vervielfältigungen solcher Werke, sofern das Entgelt für die Lieferung zweihundert Mark überschreitet.
5. Die erhöhten Steuer unterliegen nicht Originalwerke der Plastik, Malerei und Graphik deutscher lebender oder innerhalb der letzten 5 Jahre verstorbenen Künstler, die von dem Künstler oder nach seinem Tode von seinem Ehegatten, seinen Abkömmlingen oder seinen Eltern oder durch Verkaufs- oder Ausstellungsverträge von Künstlern vertrieben werden. Die Frist von 5 Jahren wird vom Abschluß des Umschlaggeschäftes über das Werk ab gerechnet. Die Steuerbefreiung gilt nicht für Vereinigungen von Künstlern, welche den gewerbmäßigen Verkauf sowohl eigener als auch fremder Werke bezwecken.
6. Antiquitäten, einschließlich alter Drucke, und Gegenstände, wie sie aus Liebhaberei von Sammlern erworben werden, sofern diese Gegenstände nicht vorwiegend zu wissenschaftlichen Zwecken gesammelt zu werden pflegen, sowie Erzeugnisse des Buchdrucks auf besonderem Papiere mit beschränkter Auflage.
7. photographische Handapparate sowie deren Bestandteile und Zubehörstücke.
8. Flügel, Klaviere, Harmonien und Vorrichtungen zur mechanischen Wiedergabe musikalischer Stücke (Klappierspielapparate, Sprechapparate, Phonographen, Orthofons usw.), sowie zugehörige Platten, Walzen und dergleichen.
9. Billarde und deren Zubehörstücke.
10. Handwaffen, deren Bestandteile und Zubehörstücke sowie für Handfeuerwaffen bestimmte Munition.
11. Land- und Wasserfahrzeuge zur Personenbeförderung, wenn sie mit motorischer Kraft angetrieben werden oder wenn sie nach ihrer Beschaffenheit (Bauart, Ausstattung) für Veranlagungs- oder sportlichen Zwecken bestimmt sind. Ueber die Zweckbestimmung ist ausschließlich im Verwaltungswege zu entscheiden.
12. Teppiche, einschließlich der Wandteppiche, für deren Lieferung das Entgelt dreißig Mark für den Quadratmeter überschreitet.
13. zugerichtete Felle zur Herstellung von Pelzwerk mit Ausnahme gewöhnlicher Schaffelle sowie Bekleidungs- und Inneneinrichtungsgegenstände aus oder unter Verwendung von Pelzwerk mit Ausnahme gewöhnlichen Schaffelpelzes, soweit es sich nicht um bloßen Anputz handelt; Pelztragen und Pelzfutter gelten nicht als bloßer Anputz.

Wilsdruff, am 20. Februar 1919. Der Stadtrat als Umsatzsteueramt.

Gierabgabe ab 25. Januar für die Zeit vom 20. Januar bis 2. Februar. Jede Person 1 Stück für 48 Pfennige. Die Verkaufsstellen haben die Kundenlisten mit den belieferten Abschnitten Nr. 1 und 2 am 23. Januar einzuliefern und die Gier am 24. vormittags 9—11 Uhr abzuholen. Wilsdruff, am 22. Januar 1919.

Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabteilung.

Grumbach. Mittwoch den 22. Januar nachmittags von 3 bis 6 Uhr Fleischmarkenausgabe

im Gemeindeamt. Grumbach, am 21. Januar 1919. Der Gemeindevorstand.

Es wird höflichst gebeten, alle Inserate möglichst frühzeitig, spätestens aber bis 11 Uhr vorm. aufzugeben.

Mit dem Augenblick, wo diese Erkenntnis wenigstens für die nächste Zukunft Allgemeinut des deutschen Volkes geworden ist, darf man wohl endlich eine gewisse Beruhigung der Gemüter erhoffen. Nichts tut uns jetzt mehr Not, als Entsammlung der Geister und Herzen, damit wir alle uns wieder auf uns selbst besinnen und zu neuer Arbeit, jeder für sich und alle für das Gemeinwohl, sammeln können.

Das Wahlergebnis.

Während sich bei den früheren Wahlen die Ergebnisse sofort übersehen ließen, ist das heute nicht mehr möglich. Durch die Listenwahl ist das ganze Wahlverfahren bedeutend komplizierter geworden, so daß das amtliche Ergebnis erst in einigen Tagen vorliegen wird. Immerhin gestattet das vorläufige Ergebnis in einigen Wahlkreisen schon einen Einblick, wie dort die Verhältnisse sind.

Berlin. Hier sind die Stimmungsverhältnisse noch völlig ungeklärt, so daß noch keinerlei Andeutungen gemacht werden können. Zudem tritt eine erhebliche Verzögerung dadurch ein, daß von verschiedenen Seiten, besonders von den Unabhängigen gegen die Mehrheitssozialisten Protest eingeleitet wurde. Diese haben nämlich vielfach Stimmgelbe abgegeben, welche am Rande die Worte tragen: „Liste der sozialdemokratischen Partei“, was die Protestierer nicht für zulässig halten. Ferner ist vielfach für Stimmgelbe gelbes statt weißes Papier benutzt worden. Die Wahlvorstände sind jetzt dabei, die weichen von den selben Stimmgelben zu scheiden und sie gesondert zu zählen. Dabei werden sich neue Schwierigkeiten ergeben, da man über die Farbenscharakteristika verschiedener Ansicht sein wird. Die endgültige Entscheidung über Gültigkeit oder Ungültigkeit der betreffenden Stimmgelbe dürfte erst der Wahlprüfungskommission der Nationalversammlung vorbehalten bleiben.

Frankfurt-Über. Hier sind bisher gezählt: Deutsch-Demokraten 69 065, Deutsche Volkspartei 11 863, Deutsche nationale 60 911, Christliche Volkspartei 6369, Mehrheitssozialdemokraten 167 362, Unabhängige Sozialdemokraten 2330. Die bürgerlichen Listen sind verbunden, die sozialistischen Listen sind nicht verbunden. Vermutlich sind gewählt: 4 Sozialdemokraten, 2 Deutschnationale, 2 Sozialdemokraten.

Cöln. Voraussichtliches Wahlergebnis: Zwei Sozialdemokraten, 2 Zentrum, 1 Deutsche Volkspartei, 2 Sozialdemokraten. Die deutschdemokratischen Abgeordneten sind: Landwirt Theodor Jansen und Landwirt Bachhorst de Wente.

Baden. Abgegeben wurden zusammen 1 006 554 Stimmen, wovon entfielen auf Demokraten 1 006 554, Sozialdemokraten 388 210. Unabhängige: Wahlvorschlag ungültig erklärt, ungefähr 14 545 Stimmen, Deutsch-Rational 80 898, Christliche Volkspartei 800 228. Es wurden gewählt: 3 Demokraten, Außenminister Dietrich, Innenminister Haas, Handelsminister Böhler, Arbeitsminister, 2 Zentrum, 1 Deutsche Volkspartei, 2 Sozialdemokraten: Finanzminister Diefel, Landwirt Dieck, 5 Sozialdemokraten: Reformator Best, Gewerkschaftssekretär Links, Verkehrsminister Rüden, Arbeitsminister Sied, Polizeiarbeiter Reimüller; 1 Deutsch-Rationaler: Justizminister a. D. Düringer.

Westfalen und Süd. Die verbundenen Listen der Deutsch-Rationalen, Deutschen Volkspartei und Bauernbund umfassen 61 000, Demokraten 113 000, Sozialdemokraten 175 000 Stimmen. Es entfielen auf Deutsch-Rationale 1 Sit., auf Demokraten 2, auf Sozialdemokraten 5 Sitze.

Württemberg. Die Wahlen in Württemberg hatten folgendes Resultat: Demokraten 332 010, Zentrum 303 050, Sozialdemokraten 470 316, Bürgerpartei und Bauernbund 182 511, Unabhängige 36 413, Friedenspartei 3504. Es fielen demnach Abgeordnete: die Demokraten 4 (Bauer, Hausmann, Wieland und Hermann); das Zentrum 4 (Gröber, Trabberger, Andre und Holz); die Sozialdemokraten 7 (Reil, Hildebrandt, Salm, Schilde, Kemnrat, Steinmann und Fräulein Bloch); Bauernbund und Bürgerpartei 2 (Straut und Vogt-Goobler); die Unabhängigen und Friedenspartei keine. Bemerkenswert ist die hohe Stimmenzahl des Zentrums.

Bemerkenswerte Einzelergebnisse.

Offen. Es erhielten: Deutschnationale und Deutsche Volkspartei 32 400, Deutsche demokratische Partei 18 000, Christliche Volkspartei 81 921, Mehrheitssozialisten 59 987, Unabhängige 19 000 Stimmen. Das Zentrum ist hier entschieden im Vorteil.

Hannover. Es erhielten: Mehrheitssozialisten 89 440, Deutsche demokratische Partei 22 263, Unabhängige Sozialisten 1897, Deutsche Volkspartei 28 657, Braunschweiger Landesverband 8, Deutschnationale Volkspartei 5805, Christliche Volkspartei und Beisen 42 160 Stimmen. Zentrum und Beisen sind hier diesmal zusammengewandern.

Oberfeld-Nassau. Hier erhielten: Deutschnationale und Deutsche Volkspartei 45 114, Deutsche demokratische Partei 22 519, Christliche Volkspartei 20 390, Mehrheitssozialisten 64 341, Unabhängige 18 283 Stimmen. Eine wesentliche Änderung gegenüber der letzten Reichstagswahl ist nicht erkennbar.

München. Die Resultate dürften beinahe endgültig feststehen. In Klammern stehen die Zahlen für die am vorletzten Sonntag zu den Landtagswahlen abgegebenen Stimmen: Sozialdemokraten 147 296 (165 566), Zentrum 77 304 (89 885), Demokraten 59 821 (64 750), Unabhängige 34 195 (48 012).

Nationalversammlung 7145 (4919). Danach haben Sozialdemokraten und Nationalliberalen starke Ausfälle, die übrigen namentlich die Unabhängigen, beträchtliche Zunahmen zu verzeichnen.

(Siehe auch Lokales.)

Die neue Reichsverfassung.

Preußen zerlegt.

Die Reichsverfassung, die am Montag zur Veröffentlichung bestimmt war, ist nunmehr fertig, was bisher als Gerücht bekannt war:

Preußen wird zerlegt. An der Spitze der Bundesrepublik, in die es zerlegt wird, steht die Republik Berlin mit ungefähr 10 Millionen Einwohnern, umfassen die Stadt- und Landkreise Groß-Berlin. Dann soll sich anschließen eine Republik Preußen, umfassend Schlesien, Westpreußen und den Kreis Bromberg, eine Republik Schlesien, die auch die Provinz Posen, die Sudetenländer und Ostpreußen umfaßt, die Republik Brandenburg, umfassend die Provinz Brandenburg ohne die zu Groß-Berlin gehörigen Teile, die Provinz Pommern, die Altmark und beide Westfalen. Dann Republik Niederrhein, umfassend Hannover, Westfalen, Ostpreußen, Oldenburg und Braunschweig. Republik Westfalen, umfassend die Provinz Westfalen, den Kreis Schaumburg, beide Lippe und Pyrmont. Republik Hessen, umfassend Hessen-Nassau und das Großherzogtum Hessen. Republik Rheinland, umfassend die Rheinprovinz, die bayerische Pfalz und das Fürstentum Bielefeld.

Der Regierungssitz Erfurt soll zu Großbüdingen kommen. Wien soll ebenso wie Berlin reichsunmittelbar werden. Die anderen Teile von Deutschland sollen entweder zu Schlesien oder zum Bundesstaat Ostpreußen oder zu Bayern kommen. Außerdem soll ein Bundesstaat Deutsch-Osterreich konstituiert werden. Der Verfassungsentwurf sieht keinen Vizepräsidenten vor. Der Präsident soll auf zehn Jahre in direkter Wahl vom Volke gewählt werden.

Der Entwurf der künftigen Reichsverfassung

läßt sich kurz bezeichnen als die Konstituierung des einheitlichen deutschen Volksstaates gegenüber dem bisherigen Bund oberleiblicher Regierungen und liegt beschlossen in den §§ 2 und 5 der neuen Verfassung, die lauten: „Alle Staatsgewalt fließt beim deutschen Volke“ und „Reichsrecht bricht Landesrecht“.

Es liegt ferner begründet in der Bestimmung des Selbstbestimmungsrechts der deutschen Stämme mit Einschluß Deutsch-Osterreichs, deren staatsliche Bildung nicht durch die Hausmacht der Dynastien und deren Regierungen bedingt und beschränkt, sondern sich freistaatlich entwickeln soll. Alle deutschen Freistaaten sind künftig Gliedstaaten des Reiches ohne partikulärrechtliche Begrenzung von irgendeiner Seite her. Nur das Reich ist souverän. In solcher Art, als

Gliedstaaten.

würden die einzelnen deutschen Freistaaten am besten den Funktionen entsprechen, die ihnen im Gemeinleben der Reichsrepublik obliegen werden, es sind die Funktionen höchstpotenziertester Selbstverwaltung. Aber alle der nationalen Gemeinschaft als solcher natürlich zufallenden staatslichen Funktionen muß die Verfassung der Republik im Reich konzentrieren. Zu den

ausschließlichen Reichsangelegenheiten

tritt vor allem das öffentliche Verkehrgewesen. Dem schließt sich der Handel, das Bank- und Börsenwesen an. Die Finanzen und Steuerpolitik, die Sozialversicherungs- und weitere Zweige der Sozialpolitik, die Bodenpolitik (§ 23) usw. werden sich unter Mitwirkung der Einzelstaaten den vom Reich gezogenen Grundlinien anpassen müssen. Ohne Verletzung der Eigenart der verschiedenen Landschaften und Stämme und unter Wahrung freien Spielraumes wird das Reich auch für das Verhältnis des Staates zu Schule und Kirche und in Sonderheit für die Volksbildung die allgemeinen, dem ganzen deutschen Volke gemeinsamen Grundlinien ziehen. Die

parlamentarische Demokratie.

in der alle politische Gewalt vom Volkswillen ausgeht, soll nach der neuen Verfassung die Regierungsform des Deutschen Reiches werden. Der Reichspräsident wird von dem ganzen deutschen Volke gewählt (§ 58). Für Wahl und Wiederwahl ist es also vom Parlament unabhängig; seine sämtlichen Regierungsfunktionen aber kann er nur unter der verantwortlichen Mitwirkung der von ihm ernannten, doch vom Vertrauen des Parlaments abhängigen Reichsminister ausüben. An ihrer Spitze steht

der Reichskanzler.

der für die gesamte Reichspolitik die Verantwortung trägt. Die fremdsprachlichen Volksteile innerhalb des Reiches

dürfen durch die Gesetzgebung und Verwaltung nicht in der ihnen eigenen, vollständigen Entwicklung beeinträchtigt werden, insbesondere nicht im Gebrauch ihrer Muttersprache beim Unterricht sowie bei der inneren Verwaltung und der Rechtspflege innerhalb der von ihnen bewohnten Landesteile. Der Reichstag besteht aus zwei Häusern, dem Volkshaus und dem Staatshaus.

Die Mehrheit im neuen Reichstag.

Äußerungen der Parteien.

Berlin, 20. Januar.

Wie eine Umfrage bei den Parteivorständen ergibt, ist damit zu rechnen, daß die Mehrheitssozialisten im allgemeinen den Vorrang erstritten haben mit Ausnahme von Bayern, wo das Zentrum die erste Stelle einnimmt. Andererseits steht aber fest, daß ein Block aller bürgerlichen Parteien, einschließlich der Demokraten, eine glatte Mehrheit in der Nationalversammlung haben wird. Die Regierung beabsichtigt, die Nationalversammlung nur sechs Wochen tagen zu lassen. Superläufig verlautes, daß die Mehrheit der Regierungsmitglieder sich für Berlin als Tagungsort der Nationalversammlung entschieden habe. Die Meldung, daß der Abgeordnete Naumann als bürgerlicher Kandidat für den Posten als Präsident Deutschlands ausserhalb sei, wird dementiert.

Wie Liebknecht starb.

Das Ergebnis der Leichenöffnung.

Berlin, 20. Januar.

Am Reichenschaubaus fand in Gegenwart der Gerichts-Kommission die Obduktion der Leiche Liebknechts statt. Bevor zur Leichenöffnung gefahren wurde, ließ der Bruder des Erschossenen einen Gipsabdruck von dem Gesicht des Toten herstellen. Sodann wurde die Leiche fotografiert und eine Röntgenaufnahme gemacht. Der Untersuchung wohnten neben dem Bruder des Erschossenen noch Hugo Haase und als Vertreter der Kriminalpolizei Kriminalkommissar Dr. Bonberg bei.

Nach dem Gutachten der Ärzte, die sich nach der Leichenöffnung zurückgezogen hatten, um gemeinsam ein abschließendes Urteil abzugeben, ist Dr. Liebknecht von hinten erschossen worden, und zwar durch Fernschüsse. Die Beerdiigung Liebknechts soll am Sonntag den 26. erfolgen.

Der Bruder Liebknechts hat bei der Regierung gegen die militärgerichtliche Untersuchung protestiert und Einlegung eines Sondergerichtes verlangt. Dies Eruchen wurde abgelehnt mit der Begründung, daß niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden dürfe.

Tas ärztliche Gutachten.

Nach dem am 19. veröffentlichten ärztlichen Befund hat Liebknecht drei Schüsse erhalten, von denen einer die Lunge und einer das Gehirn durchbohrt hat. Der Tod ist durch die Gehirnverletzung herbeigeführt worden. Der dritte Schuß hat keine schwere Verletzung verursacht. Der Schuß durch den Kopf hat zuerst den Scheitel getroffen, ist an der Stirn ausgetreten. Es spricht nichts dagegen, daß die Schüsse in den Rücken am Rücken eingetreten und vorne ausgetreten sind. Der Befund läßt sogar diese Annahme. Die vorgefundene Schädelzertrümmerung wird durch den Schuß vollkommen erklärt. Anhaltspunkte für eine schwere Verletzung durch stumpfe Gewalt sind nicht vorhanden. Die Lage der Schußöffnung am Kopf spricht dafür, daß die Schüsse in schräger Richtung dabei von links nach rechts gefallen sind. Aber die Entfernung, aus der die mit rauchschwarzem Pulver abgegebenen Schüsse gefallen sind, läßt sich nur sagen, daß sie aller Wahrscheinlichkeit nach nicht aus nächster Nähe, d. h. unter 25 Zentimeter abgegeben sind.

Foch und der Waffenstillstand.

„Wenn Deutschland um Erbarmen schreit ...“

Trier, 20. Januar.

Marshall Foch gewährte einem Berichterstatter des „Matin“ eine Unterredung, wobei er die zahlreichen deutschen Proteste vorzeigte und sagte: „Sie über-schwemmen uns mit Papier. Wir nehmen einen Teil davon und lassen noch mehr beiseite. Wenn sie um Erbarmen schreien und nach Verfertigung rufen, glaube ich nicht, daß sie überleben.“ Als der Berichterstatter dem gegenüber für die letzten zwei Monate in den Rheinprovinzen ein nicht besonders schweres Dasein feststellen zu können glaubte, antwortete der Marshall: „Ja, Sie! Weil Sie in den größten Hotels absteigen, die sich zu tiefen Preisen durch den Schleichhandel versorgen! Doch die Verdüsterung in Preußen und in Osterreich ist sicherlich in einem an Hungernot grenzenden Zustande.“ Der Marshall wies auf Deutschlands ausgeblutete und zerstückte Arme hin: „Nun haben wir gute Bürgerkassen. Der

Das Geheimnis der alten Mamsell.

Roman von E. Marlitt.

Die alte Mamsell sah sich mit der Hand über die Augen. „Sei still, Kind, du hast nichts verbrochen, aber ich, ich kenne dich nicht als das alte!“ sagte sie mit eiserner Stimme. „Ja, ich bin alt, alt und gebrechlich geworden! Früher, da bist ich die Zähne zusammen, die Junge lag still dahinter, und ich stand stramm nach außen — das will nicht mehr gehen — es ist Zeit, daß ich mich hinlege.“ Sie hielt den kleinen schmalen Krücken noch immer zögernd in den Händen, als ringe sie nach Mut, das ausgeprochene Todesurteil jetzt gleich zu vollziehen. Allein nach einigen Augenblicken legte sie ihn rasch an seine frühere Stelle und schloß den Schrank. Und damit schien auch die äußere Ruhe zurückzubringen. Sie trat an den runden Tisch, der neben dem Schrank stand, und auf welchem sie das Geld hingestellt hatte. Als sie nicht das mindeste Erdende vorfand, nahm sie die Kasse wieder auf und legte noch zwei Laler zu den blanken Reichen.

„Das Geld wollen wir in ein sauberes Papier wickeln,“ sagte sie zu Felicitas — an ihrer Stimme hörte man freilich noch den schwer bekämpften inneren Ansturm — „und das Mädchen in die kleine rote Mütze stecken, da ist doch schon etwas Segen darin gewesen, ehe das junge Köpfchen hinein-kam.“ Und Heinrich soll heute abend punkt neun Uhr zu seinen Posten sein — vergiß das ja nicht!

Die alte Mamsell hatte nämlich auch ihre großen Eigenheiten — sie war lüchlerisch, und zwar in ihren Taten. Sie wurden, wie die Fledermäuse, erst mit der Nacht lebendig und klopften an die Wänden der Armut, wenn die Straßen leer und die Menschenaugen müde waren. Heinrich war seit langen Jahren die rechte Hand, von der die linke nicht wissen sollte, was sie tue, er trug die Unterstützungen der alten Mamsell mit einer Schaulust und Unsicherheit in die ersten Wohnungen, als könne er für dergleichen Wege seine schwerfällige Hauswirtschaft völlig abstreifen — so kam es, daß viele in der Stadt unmissentlich das Brot der alten

Mamsell aßen, von der sie die ungeheuerlichsten Dinge glaubten und nötigenfalls beschworen. Das war gewiss eine schwer verständliche Eigenheit für jene frommen Seelen, die mit Inbrunst das Bibelwort festhalten, das da heißt: „Lasset euer Licht leuchten!“

Während Tante Cordula das Geld mit peinlicher Genauigkeit einpackte, öffnete Felicitas die Glasür, die nach der Galerie führte. Es war Ende Mai. O du vielbelegener Frühling, wie wenige wissen um dein Walten im Lühringer Wandel! Du bist nicht jener blondlockige, ausgelebte Knabe des Südens, dem es wie G. empagauer durch die Aehren draust und dessen Fußstapfen müdelos Orangeblüten und Myrten entsprühen. Dohert liegt auf deiner Stirn und um deine Lippen blüht das ruhige Lächeln tief-sinnigen Schaffens. Du mischst die Farben bedächtig und untermassst deine Bilder in langsamer Behaglichkeit; wir folgen deinen Binselnägen mit stiller Freude — sie sind nicht kühn und gewaltig, aber flehlich und voll sinniger Grazie. Den bräunlich grünen Fleum, der sich um die Brust der waldigen Berge legt, während droben noch unangefastet das Schneekrönchen auf ihrem Scheitel sitzt, das seine, grüne Ephegewebe junger Palme und Gestrüß über braunen Erd-schollen und auf dem verbortten vorjährigen Grasschnee der Bliesen und Abhänge — das wandelt du allmählich und leis zu jungen Rainen, zu Schneegäbchen- und Vei-chensträngen, und nach ruhigem Ueberlegen und Behüten hoffst du, wie der sorgsame Gärtner, endlich die tausendfältige Farbenpracht aus den geschäftigen Gärten und legst sie auf Heden, Bliesen und Raine. Und der Hauch deines Rundes ist jene herbfröhliche Lust, die Nerven und Sehnen des Thüringer Menschenlindes kühlt, die sein Herz empfänglich macht für das Lied und es jäh ausdauernd läßt im Frühling das paetischen Uebergläubens, die ihm erhält seinen Sinn für das Recht, seine Neigung zur Opposition, sein nativ reines Gemüt — seine himmlische Grobheit!

Weit da drüben lösten sich die grünen Streifen der Saatenfelder wie breite Bänder vom Waldesbaume ab und liefen talwärts. Das jüngste Kirchbäumchen, wie der wilde, traurige Birnbaum fanden weißblau und lebendig an

ihren Grenzen, auf verschiedenem Fiedelstil ein gleich jugendliches Haupt — eine Unparteilichkeit der Natur, die der Mensch vergeblich erhebt. ... Auf der Brüstung der Galerie blühten Hyazinthen, Kaktus und Tulpen, und zu beiden Seiten der Glasür standen mächtige Springen- und Schneeballenbüsche in Käbeln.

Felicitas rüdte den kleinen runden Tisch in den Borsau und daneben den braunen Lehnstuhl der alten Mamsell. Sie legte eine frische Serviette auf und machte die kleine Kaffeemaschine zurecht; das noch zu vollendende Hinderzug wurde daneben gelegt, und als es in der kleinen Kesseln konnte lang und zischt und ein köstlicher Koffakost auf die Galerie hinausströmte, da lag die alte Mamsell behaglich in ihrem Lehnstuhl und blühte träumerisch hinaus in die sonnenbeschienenen Frühlingssonne.

Felicitas hatte ihre Arbeit wieder aufgenommen. „Tante,“ sagte sie nach einer kleinen Pause, jedes ihrer Worte betonend, „er kommt morgen.“

„Ja, mein Kind, ich weiß es aus der Zeitung; da steht die Notiz aus Bonn: „Professor Helwig geht zu seiner Erholung auf zwei Monate nach Thüringen.“ ... Er ist ein berühmter Mann geworden, Fee!“

„Ihm mag sein Ruhm leicht werden. Er kennt nicht die Qual, die das Misslingen der Pflicht gegenüber verurteilt. ... Er schneidet in das Fleisch und in die Seelen seiner Mitmenschen mit gleichem Behagen.“

Die alte Mamsell heftete erkannt ihren Blick auf Felicitas Gesicht; dieser Ton voll unfählicher Bitterkeit war ihr neu.

„Höre dich, ungerrecht zu werden, mein Kind!“ sagte sie nach einem momentanen Schweigen langsam und mit unbeschreiblicher Wille.

Felicitas sah rasch auf — ihre braunen Augen erschienen in diesem Augenblick fast schwarz.

„Ich wüßte nicht, wie ich es anfangen sollte, nachsichtig über ihn zu denken,“ entgegnete sie; „er hat sich schwer an mir vergangen, und ich weiß — ich würde es nie bejammern, wenn ihm ein Leib wüßte, und wenn ich ihm zu einem Glücke verhelfen könnte, ich würde keinen Finger bewegen —“

Mie und vor an e wic nur tung die sofot läbe die Maj alle sichts hat tehm Ra Ka l. y Sage 18 y Maj weih l. y richt über die die eige Säft im Fra erbe ran Fran lamm es i Ein über fenn Fran Bits

Mein Bild bei eines der denkbar besten Hindernisse, und wir bekämpfen alle wünschenswerten Ausfallspunkte gegen Deutschland." Der Reichstag glaubt nicht an ein Eindringen des Bolschewismus. Er kümmert sich nicht darum, ob die Regierung Oberst festsetze; er kennt nur die deutschen Bevollmächtigten und seine bewunderungswürdigen französischen Soldaten; wenn die Deutschen die Waffenstillstandsbedingungen nicht erfüllen, wird er sofort den Waffenstillstand abbrechen. Deshalb meinte er, führen sie sie so gut wie möglich aus.

Ablieferung der landwirtschaftlichen Maschinen.

Die deutsche Regierung gibt folgendes bekannt: Um die von der Entente geforderten landwirtschaftlichen Maschinen in kürzester Zeit anschaffen zu können, werden alle Fabriken und Handlungen, welche unter Berücksichtigung des dringendsten einheimischen Bedarfs verfügbare Bestände dieser Maschinen neu oder gebraucht in tadellosem Zustande besitzen, aufgefordert, telegraphisch zu melden, mit Bindung an Preis und Lieferzeit: a) Zahl, Konstruktion, Fabrikat und Preis ab Fabrik beim. ab Lager einschließlich des nötigen Zubehörs, lieferbar am 1. März 1919, b) Zahl und Preis ab Fabrik beim. ab Lager bei nach ihrer Ansicht für eine Gebrauchsdauer von 18 Monaten notwendigen und vorhandenen Ersatzteile pro Maschine, lieferbar am 1. März 1919, c) Möglichkeit weiterer Lieferungen zu a und b auf 1. April 1919, 1. Mai 1919, 1. Juni 1919. Die Deutschen sind zu richten an den Fachausschuss für die Maschinenindustrie, Charlottenburg 2, Schillerstr. 10.

Frauenstimmrecht überall.

Wie es ward und wirkt.

Die Wahlen zur Nationalversammlung haben durch die Teilnahme der Frauen an der Wahlhandlung ihr eigentliches Gepräge erhalten. Vor wenigen Monaten noch hätte niemand gewagt, an eine so überraschende Neuerung im politischen Leben Deutschlands zu denken. Ob die Frauen den Gefährdungsnachweis für ihre politische Reife erbracht haben? Selbst wenn man in dieser Hinsicht nicht ganz optimistisch ist, kann man doch aus der Art, wie das Frauenstimmrecht in den Ländern, in denen es schon seit langem in Kraft ist, gewirkt hat, den Schluß ziehen, daß es in mancherlei Beziehung einen künftigen, wohlthätigen Einfluß auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens ausüben dürfte. Es wird nicht uninteressant sein, die Frauen kennen zu lernen, die in Deutschland seit langem für das Frauenwahlrecht gekämpft haben. Wir geben sie hier im Bilde.



Dinna Gauer



Dr. Anita Augspurg



Elise Kubers



Marie Strub

Am längsten — seit 1869 — ist das Frauenstimmrecht in dem nordamerikanischen Staate Wyoming in Geltung. Hier sind Frauen wiederholt als Mitglieder der gleichberechtigten Körperschaft, in den Schlichtungsausschüssen und als städtische Beamtinnen tätig gewesen, und sie haben sich überall so ausgezeichnet bewährt, daß das Land 1889 seinen Eintritt in den nordamerikanischen Staatenbund (Vereinigte Staaten) von der bedingungslosen Erlaubnis zur Verleihung des Frauenstimmrechts abhängig machte: „Wir wollen lieber noch hundert Jahre außerhalb der Union bleiben, als ohne das Frauenstimmrecht hineinkommen“, hieß es. Zum großen Teil waren es Gelehrte sozialer Natur, Schulaufsicht für Kinder und Jugendliche, welche zur Bekämpfung der Trunksucht und der Unmoralität, für die die Frauen gewirkt haben. Auch in Colorado und in andern Staaten Nordamerikas war das allgemeine aktive und passive Wahlrecht von den besten Folgen begleitet.

Ein gleiches läßt sich von Australien sagen, wo Frauen auch schon seit Jahren das Wahlrecht ausüben. Wie überall, wo sie mit rater und taten, setzen sie sich auch hier mit besonderem Eifer für den Schutz der Kinder und heranwachsenden, für das Schul- und Erziehungswesen und für den Kampf gegen die Prostitution ein. Ihnen ist es ferner zu danken, daß in den australischen Ländern das unvernünftige Unterdrücken der Männerarbeit durch schlechtgelohnte Frauenarbeit aufgehört hat. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß, wie allgemein betont wird, unter der politischen Vertretung der Frau das Familienleben nicht im geringsten gelitten hat. Es wird im Gegenteil hervorgehoben, daß die Frauen ihren Einfluß dazu benutzten, eine solche Politik zu erstreben, die die Interessen des Familienlebens mehr als dies bisher geschehen ist berücksichtigt.

In Europa sind es zuerst skandinavische Länder gewesen, die das Stimmrecht der Frauen einführten. In Norwegen erhielten sie 1907 in beschränkter Weise das aktive und passive Wahlrecht für die Volksvertretung, das 1913 zu einem allgemeinen Wahlrecht erweitert wurde. Die Wahlbeteiligung der Frauen war bei allen Wahlen, die seitdem in Norwegen stattgefunden haben, sehr reg, und man kann nach den Erfahrungen der letzten Zeit behaupten mit Bestimmtheit behaupten, daß sie in dieser Hinsicht bald den Männern den Rang abgelaufen haben werden. Und die norwegischen Männer erkennen neidlos an, daß die „politisierten“ Frauen auf das staatliche Leben Norwegens den denkbar günstigsten Einfluß ausgeübt haben.

In Schweden und in Dänemark gab man den Frauen zunächst nur das kommunale Wahlrecht. Bald aber machte sich in beiden Ländern eine Bewegung geltend, die ihnen auch das politische Stimmrecht erwirken wollte. In Dänemark haben diese Bestrebungen bereits Erfolg gehabt: den Frauen ist während des Weltkrieges das Wahlrecht gewährt worden. Schweden dürfte hierin bald folgen.

zumal ihm auch aus dem benachbarten Finnland nur gutes über die Wirkungen des Frauenstimmrechts gemeldet wird. Man hat über die finnischen Volkstimmrechtinhaberinnen wenig geäußert, aber schließlich doch allen Respekt vor ihnen bekommen, besonders nachdem man mit Erstaunen festgestellt hatte, daß sie lange nicht so redlich sind wie ihre männlichen Kollegen im Parlament und durchaus sachlich zu handeln und zu verhandeln wissen.

Es sei zum Schluß noch kurz erwähnt, daß die Frauen während des Krieges außer in Dänemark auch noch in sieben Staaten der nordamerikanischen Union, in mehreren Provinzen Kanadas, in Island und in Holland das Stimmrecht erhalten haben, und daß nunmehr auch England ihnen das Parlamentswahlrecht gegeben hat, allerdings mit einer höheren Altersgrenze, als sie für die Männer gilt. Sehr galant war das nicht, aber die wohlwollenden englischen Frauen werden sicherlich den Beweis erbringen, daß sie — dem alten Sprichwort zum Trost — ihr höheres Wahlalter vor den politischen Vorarbeiten der Männer schätzt.

Dr. M. Schwarz.

Fortschreitende Sozialisierung.

Versicherungswesen — Bodenschätze — Elektrizität und Wasserkraft — Latifundien und Forstwirtschaft.

Die von der Regierung eingeführte Sozialisierungskommission kommt nun mit weiteren Vorschlägen und hat u. a. auch die Verstaatlichung des Versicherungswesens ins Auge gefaßt. Sie hält es weiter für erforderlich, durch sofortigen Erlaß das private Monopol an den Bodenschätzen aufzuheben. Sie hat daher dem Rat der Volksbeauftragten den baldigen Erlaß einer Verknüpfung empfohlen, durch welche das Eigentum der Nation an den mineralischen Bodenschätzen ausgesprochen, die Frage der Betriebsorganisation und der Entschädigungsform zwar noch näheren Ausführungsbestimmungen vorbehalten, dagegen die Einwirkung des Staates auf die gesamten technischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Industrie und die Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an der Betriebsleistung grundsätzlich sichergestellt werden sollen.

Die Kommission ist sich dabei, wie sie ausdrücklich betont, voll bewußt, daß mit einer solchen Verknüpfung eine Reihe von schwerwiegenden innen- wie außenpolitischen Fragen angeschnitten würden, die sich ihrer Lösbarkeit entziehen. Jedenfalls müßte die besondere Frage, ob Reichs- oder Staatseigentum, da sie in dem Entwurf offengelassen ist, späterer Vereinbarung der interessierten Stellen vorbehalten bleiben. Die nächsten Beratungen werden den folgenden Gebieten gelten: weitere Zweige des Berg- und Hüttenwesens, Energiewesen (Elektrizität und Wasserkraft), Latifundien und Forstwirtschaft, Kommunalisierung und Genossenschaftswesen (Bauwesen, Apotheken, Bäckereien, Schlächtereien usw.).

Betreffend den Kohlenbergbau hat die Reichsregierung bereits eine Verordnung erlassen, in der es heißt: Bis zur gesetzlichen Regelung einer umfassenden Beeinflussung des gesamten Kohlenbergbaues durch das Reich und bis zur Festlegung der Beteiligung der Volksgesamtheit an seinen Erträgen — Sozialisierung — werden sofort für die einzelnen Bergbaugebiete Reichsbevollmächtigte ernannt. Es wurden für den Ruhrbezirk und Oberschlesien je drei Bevollmächtigte bestimmt.

Politische Rundschau.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Kaiserin will von Schloss Amerongen nach Potsdam zurückkehren, um dort im Kreise ihrer Söhne und Enkelkinder in strengster Zurückgezogenheit ihren Lebensabend zu verbringen.

Berlin. Hier ist der Sekretär Rodels, ein gewisser Gutmann, verhaftet worden. Man fand bei ihm wichtiges Material.

Sollingen. Hier verfluchten Spartakisten ohne Erlaubnis der britischen Behörde Flugblätter herauszugeben, in denen auf einer Protestkundgebung gegen die Fötung Plebschütz und Rosa Luxemburgs aufgefördert wurde. Die Führer der Spartakisten wurden verhaftet. Eine Kundgebung in einer Versammlung wurde verboten.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Die Einberufung der Nationalversammlung am 6. Februar nach Weimar.

Berlin, 21. Jan. (tu.) Die Reichsregierung hat beschlossen, die Nationalversammlung auf den 6. Februar nach Weimar einzuberufen. Die Berufung nach Weimar entspricht in der Hauptsache einem Wunsche der süddeutschen Staaten. Es ist nicht daran gedacht, auch die Reichsregierung nach Weimar zu verlegen.

Neueste Meldungen.

Freistaat Elbisch-Lothringen?

München, 20. Jan. Die Führer der elbisch-lothringischen Autonomistenpartei, die aus lauter Alt-Elbischern und Alt-Lothringern besteht, kündigten an, daß sie ein Ministerium des Freistaates Elbisch-Lothringen bilden werden. Aus einwandfreien Berichten aus Elbisch-Lothringen geht hervor, daß die Majorität des Volkes die Autonomie wünscht; mit Rücksicht auf die Verhältnisse in der Heimat aber müßten sie ihre Interessen im Ausland vertreten. Sehr große Teile des Volkes würden aber hinter ihnen. Die Welt werde sehen, daß die Autonomie Elbisch-Lothringens über die materielle Macht verfüge, sobald das Volk in der Lage sei, frei abzustimmen. Die englische Regierung ist bereits von der Wirkung des Ministeriums in Kenntnis gesetzt worden.

Polnische Niederlagen.

Bromberg, 20. Jan. (Amtlich.) Ein Erkundungsversuch in Richtung Labiska drang nach Erkundung der Brücke Alt-Dombiv und Obarzma bis auf etwa einen Kilometer an Labiska heran. Es wurden 12 Granatene, mehrere Fahrzeuge und Pferde eingebracht. Patronenentkäufe bei Duden und beiderseitiges Artilleriefeuer. Die schon einmal genannte Schanze 6 liegt bei Wittenberg. Ein Panzerzug fuhr am 19. Januar nachmittags bei Groß-Neudorf vor. Eine in dieser Gegend stehende polnische Abteilung mit Artillerie ging bei seinem Herannahen kampflös zurück. Sonst nur Patronenentkäufe.

Eröffnung des Postverkehrs mit Elbisch-Lothringen.

Stuttgart, 20. Jan. Wie zuverlässig verlautet, wird mit dem 1. Februar der postalische Verkehr zwischen dem Elbisch- und Deutschland geöffnet werden. Eine ähnliche Maßnahme wird auch für die übrigen besetzten Gebiete eintreten.

Genf, 20. Jan. Nach einer Pariser Meldung hat Koch seine Ansicht über die Ernährungsfrage Deutschlands geändert und ist zu der Überzeugung gekommen, daß die schlimmeren Zustände, die in Deutschland herrschen, nicht übertrieben seien.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen. Wilsdruff, den 21. Januar 1919.

Nach den Wahlen. Es wird noch einige Zeit dauern, bis das Ergebnis der Nationalwahlen endgültig festgestellt worden ist. Wohl liegen heute schon eine ganze Anzahl von Ergebnissen vor, die aber sämtlich noch unvollständig sind. Es läßt sich deshalb auch nicht im einzelnen beurteilen, in welcher Stärke die Parteien zu der Nationalversammlung erscheinen werden, aber im allgemeinen sind unsere Zeilen von gestern beschäftigt worden, es zeigt sich allüberall ein sehr bedeutender Einschlag nach links.

Die Wahlergebnisse der drei sächsischen Kreise liegen uns heute ziemlich vollständig vor. Darnach dürften in ganz Sachsen als gewählt zu betrachten sein 17 Mehrheitssozialisten, 3 Unabhängige, 7 Demokraten, 2 Volkspartei, 3 Deutschnationale. Im einzelnen stellt sich das Bild wie folgt:

28. Wahlkreis (Dresden-Ostachsen):

Köglitz (Deutschnationale Volkspartei)	85081 Stimmen
Heinze (Deutsche Volkspartei)	90631 Stimmen
Burlage (Zentrum)	14984 Stimmen
Ritzsche (Deutsche Demokr. Partei)	129512 Stimmen
Gradenauer (Mehrheitssoz.)	360060 Stimmen
Pfeiffer (Unabh. Soz.)	29212 Stimmen

Auf Grund der vorliegenden Ergebnisse (es fehlen noch ungefähr 100 Stimmbezirke), dürften als gewählt zu betrachten sein: Deutschnationale: Superintendent Dr. Köglitz; Deutsche Volkspartei: Staatsminister a. D. Dr. Heinze; Staatsminister a. D. Dr. Koch; Deutsche Demokr. Partei: Staatsminister a. D. Ritzsche, Buchdruckereibesitzer Steinsdorf (Zittau); Mehrheitssozialisten: Volksbeauftragter Dr. Gradenauer, Volksbeauftragter Buch, Parteisekretär Rahmann, Hausfrau Lutz, Gewerkschaftsbeamter Haack, Redakteur Schmidt, Redakteur Krägig.

29. Wahlkreis (Leipzig):

Philipp (Deutschnat. Volkspartei)	72909 Stimmen
Burlage (Zentrum)	3107 Stimmen
Jöphel (Deutsche Demokr. Partei)	176925 Stimmen
Pinkau (Mehrheitssoz.)	127228 Stimmen
Seiger (Unabh. Soz.)	234942 Stimmen

Die Stadt Pöggau und 20 kleine Orte fehlen noch, voraussichtlich sind gewählt: Deutschnationale: Oberlehrer Dr. Philipp; Deutsche Demokr. Partei: Rechtsanwalt Dr. Jöphel, Privatangestellter Schneider; Mehrheitssoz.: Photograph Pinkau, Arbeitersekretär Büttich; Unabhäng. Soziald.: Redakteur Seiger, Zigarrenfabrikant Seiger, Redakteur Dr. Seiger.

30. Wahlkreis (Chemnitz):

Biener (Deutschn. Volkspartei)	117476 Stimmen
Koche (Zentrum)	3699 Stimmen
Prodauf (Deutsche Demokr. Partei)	188726 Stimmen
Koche (Mehrheitssoz.)	516675 Stimmen
Jädel (Unabh. Soz.)	55880 Stimmen

Noch acht Bezirke stehen aus. Voraussichtlich sind demnach gewählt: Deutschnationale: Bäckermeister Biener; Deutsche Demokr. Partei: Richter Prodauf, Schlichter Dr. Seigert, Kaufmann Günther; Mehrheitssoz.: Chefredakteur Koche, Parteisekretär Meier, Redakteur Schöpflin, Schriftsteller Stücklen, Stadtrat Mollenbude, Hausfrau Schilling, Arbeitersekretär Köhle, Parteisekretär Jungnickel.

(Weitere Ergebnisse siehe besonderen Artikel.)

Die Zugzuschüsse und die Finanzlage Sachsens.

Der Vorstand des sächsischen Gemeindetages hatte an die sächsische Staatsregierung den Antrag gestellt, dem Beispiel der bayerischen Regierung zu folgen und zu dem beim Klein- und Mittelwohnungsbau entstehenden verlorenen Bauaufwand statt, wie bisher beabsichtigt, nur 25 v. H. 33 1/3 v. H. auf Staatskosten zu übernehmen, so daß der Anteil der Gemeinden nur 16 2/3 v. H. beträgt. Das Finanzministerium hat dies aber abgelehnt mit der Begründung, daß die Finanzlage des Staates infolge der unangesehrt steigenden Ausgaben bei wesentlich verminderten Einnahmen zu schweren Besorgnissen Anlaß gebe. Ob bei besonders ungünstiger wirtschaftlicher und finanzieller Lage einzelner Gemeinden ausnahmsweise eine Erhöhung der staatlichen Zuschüsse zum Kleinwohnungsbau zu gewähren sei, behält sich das Ministerium von Fall zu Fall vor.

Zugsteuer. Im amtlichen Teile sind die Gegenstände aufgeführt, die im Sinne der Steuererhebung als Zuggegenstände zu gelten haben. Die Steuer beträgt durchweg 10 Prozent des vereinnahmten Entgeltes. Grundsätzlich bezieht sich die Zugsteuer nur auf den Kleinhandel. Bei dem Geschäftsverkehr zwischen Großhandel und Kleinhandel sind die allgemeinen Grundsätze über die Umsatzsteuer, also auch die niedrigen Steuersätze (5 bis 7) maßgebend. Der Gesetzgeber will eben im Endergebnisse die Verbraucher treffen. Der steuerpflichtige Kleinhandwerker wird sich dadurch schadlos halten, daß er die Steuer bei der Preisfestsetzung in Betracht zieht. Bei der Zugsteuer findet die Steuerberechnung und Steuerzahlung in der Regel monatlich statt. Steuerpflichtige, die mit Zuggegenständen Kleinhandel treiben, haben für diese Gegenstände, mit denen sie Handel treiben, ein besonderes Lager- und ein besonderes Steuerbuch zu führen.

Ein Bild aus guter alter Zeit! Einen eigentümlichen Anblick gewähren jetzt Sonntags die Tanzsäle. Man glaubt sich zurückversetzt in die „alte gute Zeit“, in der die „Tanzböden“ nur durch einige, zu einem „Kronenleuchter“ vereinigte Petroleumlampen notdürftig beleuchtet wurden, auf dem Schankische aber ein Leuchter mit Talglanzlicht und Fibelbussen zum Anbrennen der Zigarren oder Tabakpfeifen stand. Infolge des Kohlenmangels, der Gas- und Elektrizitätssperre dürften bekanntlich zurzeit auch bei uns Tanzsäle usw. weder geheizt noch mit Gas oder elektrisch beleuchtet werden. Daher kam es, daß am

Sonntag von den Tischen der Säle hier und da eine Karbidkerze, ein Lichtstumpf, ja auch Laternen mit Oellämpchen ihr helles und milderhelles Licht trüblich in die Reihen der Tanzenden fanden. Es ging aber auch so. . .

Das neugebildete Theater der ehemaligen Feldgrauen wird unter der Leitung des früheren Direktors der so beliebt gewordenen Truppe, Herrn Richard Bendey, am 25. Januar eine neue Vorstellung mit vorzüglich ausgewähltem Programm im Gasthof zum Löwen veranstalten. Hervorragende Künstler werden dabei beteiligt sein, so daß ein besonderer Kunstgenuss schon im Voraus zugesagt werden kann. Ein Anfang dieser Woche erscheinendes Inserat wird über die Aufführung selbst näheren Aufschluss geben. Dem theaterliebenden Bewohnern der Stadt und der Umgebung sei schon jetzt der Rat erteilt, einen Besuch dieser Aufführung sich nicht entgehen zu lassen.

Schaffung von Bezirkswohnungskommissaren. Als erste Maßnahme der sächsischen Regierung auf dem neuen Gebiete der sozialen Wohnungsfürsorge steht demnächst ein Gesetz bevor, das für die Amtshauptmannschaften und Städte mit revidierter Städteordnung die Schaffung von Bezirkswohnungskommissaren vorseht. Diese Beamten sollen mit weitergehenden Befugnissen ausgestattet werden und u. a. auch das Recht der Enteignung haben.

Landeskulturrat. In der Sitzung des Ständigen Ausschusses des Landeskulturrates vom 14. Januar 1919 sind folgende Gegenstände beraten bzw. Beschlüsse gefaßt worden: Mit Rücksicht auf die großen Schwierigkeiten in der Versorgung der bezugsberechtigten Bevölkerung in der Vollmilch hat das Ministerium die Herausgabe einer Verordnung über den Verkehr mit Ziegenmilch und Ziegenkäse in Aussicht genommen und dem Landeskulturrat den Entwurf zur gutachtlichen Aeußerung zugesandt. Der Ständige Ausschuss wird einer Regelung des Verkehrs mit Ziegenmilch und Ziegenkäse zustimmen unter dem Gesichtspunkte, daß dabei eine mögliche Schonung der kleineren Ziegenbesitzer stattfindet. Da für die nächste Zeit eine Ermäßigung der Schlachtviehumlage nicht zu erwarten steht, hat die Landesfleischstelle zur Erhaltung der wertvollen Zuchttiere einen Entwurf zu einer Verordnung ausgearbeitet, die den Austauschverkehr zwischen den einzelnen Tierhaltern regeln soll. Hiernach sollen in allen Fällen, in denen die Abgabe von wertvollen Zuchtieren bei einem Tierhalter in Erfüllung der Schlachtviehumlage nicht mehr zu umgehen ist, derartige wertvolle Tiere gegen geeignete Schlachttiere bei anderen Landwirten unter Zahlung eines Aufschlages auf den Höchstpreis der Schlachtviehklasse A eingetauscht werden können. Der Ständige Ausschuss wird die Durchführung des in Aussicht genommenen Austauschverkehrs im Hinblick auf die Bedeutung, die die Erhaltung von wertvollen Zuchtieren für die Landestierzucht hat, befürworten. Bezüglich der Veranlagung der Landwirtschaft zur Kriegsgewinnsteuer wird der Ständige Ausschuss bei dem Ministerium dahin vorstellig werden, daß zur Kriegsgewinnsteuer nicht scheinbare Gewinne, wie sie sich beispielsweise bei der zwangsweisen Abgabe von Vieh und Vorräten ergeben, herangezogen werden, und daß bei der neuen Einschätzung zur Kriegsgewinnsteuer die eingetretene Wertminderungen entsprechend berücksichtigt werden. Ferner

wird der Ständige Ausschuss den Antrag des Landwirtschaftlichen Kreisvereins Leipzig über die Abhaltung von Kursen an der Tierärztlichen Hochschule zu Dresden und dem Veterinärinstitut der Universität Leipzig für Landwirte in der Geburtshilfe, Gesundheitspflege usw. weiter verfolgen. Einen Antrag des Landwirtschaftlichen Kreisvereins Chemnitz über die Erhöhung der Haferration für Pferde und Zuchttiere wird der Landeskulturrat befürwortend an die Landesfuttermittelstelle weitergeben.

Reklamationsgesuche. Durch Verordnung des Ministeriums für Militärwesen ist bestimmt worden, daß die Jahrgänge 96 und 97 bis Ende Januar 1919 zu entlassen sind. Es bleiben sonach, abgesehen von den älteren Mannschaften, die aus dienstlichen Gründen zurückgehalten werden oder sich freiwillig zur Verfügung gestellt haben, nur noch die Jahrgänge 98 und 99 im Dienste. Diese beiden Jahrgänge sind aber als in der Ausübung ihrer aktiven Dienstpflicht befindlich anzusehen. Ihre Freigabe kann deshalb nur auf Grund besonderen Gesuches erfolgen. Privatpersonen müssen solche Gesuche an das General-Kommando XII - Kriegsamtstelle Dresden - einreichen ohne Rücksicht auf den Grund, um deswillen die Freigabe beantragt wird. Militärpersonen haben die Gesuche an ihren Truppenteil zu richten. Alle an andere Dienststellen eingereichten Gesuche verzögern die Entscheidung und schädigen die Interessen der Gesuchsteller.

Dresden. Ein gemeingefährlicher Einmieter-Vertrager, der sich Leo Wschä nannte, mietete sich hier ein gutmöbliertes Zimmer und verkaufte die darin befindlichen Möbel. Die Vermieterin konnte noch das Wegbringen der Sachen verhindern, doch war der Käufer um den Kaufpreis von 1300 Mark geprellt.

Altenberg. Aus dem Pferdebestand des Stabes einer Munitionskolonie, die hier aufgelöst worden ist, wurden am Sonnabend, den 18. Januar, drei Pferde gestohlen und zwar: 1 Stute, braun, Hufbrandnummer 5, 1 Wallach, dunkelbraun, 10 Jahre alt, Hufbrandnummer 150, 1 Wallach, Kappe, Hufbrandnummer 76. Vor Ankauf wird dringend gewarnt.

Demitz-Thumitz. Ein 11-jähriger Schulknabe suchte auf dem Heimwege aus der Schule ein langsam auf der Dorfstraße fahrendes Kasko zu erfassen. Hierbei kam er zu Fall und wurde vom Hinterrad überfahren. Er starb noch am selben Tage infolge seiner schweren Verletzung.

Leipzig. Hier hat die Spartakus-Bewegung stark um sich gegriffen. Es herrscht eine Art Generalstreik wegen des Todes Lebknechts und der Luxemburg.

Leipzig. Nach zweitägiger Dauer ist der Leipziger Straßenbahnstreik beendet worden, so daß am Sonntag alle Straßenbahnen wieder verkehren konnten. Die Angestellten haben ihre Lohnforderungen - 300 Mark Monatsgehalt für Fahrer und 275 Mark für Schaffner durchgesetzt für die Straßenbahngesellschaft bedeutet das eine Mehrbelastung von etwa 8 Millionen Mark jährlich, die man durch eine Tarifierhöhung auszugleichen gedenkt.

Plauen. Die Zahl der hiesigen Krieger, die auf den Schlachtfeldern infolge Verwundungen oder Krankheiten ihr Leben im Dienste des Vaterlandes lassen mußten, hat bis Ende Dezember 1918 die hohe Zahl von 2769 erreicht.

Eingelandt.

Für diese Rubrik übernehmen wir nur die pfechgefechliche Verantwortung.

Religionsunterricht und Kirche. Gegenüber den Sagen, die der Preshausch des Sächs. Lehrervereins in Nr. 12 dieses Blattes ausgesprochen, besonders dem: „Die Lehrerschaft weist mit Entrüstung die Art zurück, wie gewisse kirchliche Kreise die Maßnahmen der Regierung bekämpfen, die Öffentlichkeit in unverantwortlicher Weise beunruhigen und die Stellung der Lehrerschaft zur religiösen Unterweisung in der Schule verdächtigen“, sei von kirchlicher Seite folgendes bemerkt:

1. Wenn die Lehrerschaft mit aller Entschiedenheit die Erteilung eines bekenntnismäßigen Religionsunterrichts im Antrag und Geist der Kirche ablehnt und daher die Mäßigkeit von der obersten Schulbehörde verfügten Maßnahmen begrüßt hat, insbesondere den Wegfall des Katechismusunterrichts, so stellt sie sich damit in offenbaren bedauernden Gegensatz zur Kirche, deren Glieder auch die in ihr getauften Kinder der christlichen Schule übergeben wollen.

2. Der Religionsunterricht ist für die Glieder der Kirche im Hinblick auf ihre Geschichte und innerste das ganze Leben durchdringende Notwendigkeit keine selbständige Veranstaltung der Volksschule.

3. Der große lutherische Sittenlehrer Frank sagt: „Der Christ wird sich nicht täuschen lassen durch das oberflächliche Gerede, daß die Schule neutral sein könnte gegen die verschiedenen Konfessionen und religiösen Richtungen.“ Den betreffenden Religionslehrern bleibe es überlassen, die Kinder in den Glauben ihrer Konfession einzuführen.“ Es liegt in keines Menschen Macht, gegen das Evangelium neutral zu bleiben. Wir erachten die Schulen, welche dies sein wollen, für christenfeindlich. Die Kirche hat darauf zu sehen, daß die Leitung und ihr sonstiger Unterricht ihr nicht die Möglichkeit bemehme, die ihr befohlenen Kinder zu christlicher Erkenntnis zu führen und in christlicher Bestimmung zu fördern. Es bleibt immer wahr, daß der natürliche Mensch der Wahrheit Gottes feindlich gegenübersteht, und diese Feindschaft wird schärfer, bitterer, ausgeprägter, wo sie inmitten der Christenheit hervorritt. Dem gegenüber haben die Christen Kinder das Recht, geschützt zu werden vor dem Gift des Antichristentums und christliche Eltern die Pflicht, alles aufzubauen, um solcher Verführung entgegenzutreten. Hier kann die christliche Bestimmung bis zu offenem Widerstande gegen staatliche oder kommunale Einrichtungen sich genötigt sehen, nämlich in dem Falle, daß christliche Eltern gezwungen werden sollen, ihre Kinder in antichristlichen Schulen zu schicken. Hier kann, wie es in den Niederlanden geschehen, die christliche Gemeinde in die Lage gebracht werden, eigene christliche Schulen gründen zu müssen und alle Widrigkeiten, welche infolgedessen sich ergeben, getoht auf sich zu nehmen.“

Die heutige Nummer umfasst 4 Seiten.

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Schunk in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer L. R. Gärner. Für den Inseratenteil: Arthur Schunk, beide in Wilsdruff.

Inseraten-Teil.

Unsere werten Inserenten,

jeweils nächste Nummer zurückstellen. Wir sind gezwungen, an dieser Maßnahme festzuhalten, da wir seitens des Elektrizitätswerkes die Genehmigung zur Stromentnahme für den Betrieb der Maschinen nur bis nachm. 4 Uhr haben.

private wie amtliche, bitten wir wiederholt, alle Inserate bis spätestens vormittags 11 Uhr auszugeben, da wir sonst nicht in der Lage sind, ein Erscheinen derselben am gleichen Tage zu gewährleisten. Wir müssen vielmehr alle die Inserate, die nach 11 Uhr ausgegeben sind, ohne Ausnahme für die Geschäftsstelle d. Wilsdruffer Tageblattes.

Voranzeige! **Gasthof Klipphausen.**
Montag, den 27. Januar 1919
Großes Militärkonzert.

Habe stets eine große Auswahl
schwerebelgische sowie leichte Arbeits- und Wagenpferde
unter streng reeller Bedienung und billigsten Preisen bei mir zum Verkaufe stehen.

Hainsberg. E. Kästner.
Güterbahnhofstraße 2. Fernsprecher: Amt Dresden 296.

Elektromotore
werden schnell und sachgemäß repariert bei
Gebr. Weis, Maschinenfabrik,
Rossen, Bismarck-Str. 14.
Fernsprecher Nr. 51.

Man lese täglich die amtlichen Bekanntmachungen in unserem Blatte. Unkenntnis der Bestimmungen schützt nicht vor Strafe.

Kaufe Schlachtpferde
zu höchsten Preisen.
August Hohfeld,
Wilsdruff, Fernspr. 544.
Im Hofalle sofort zur Stelle. 1280

Kartoffel-Körbe
liefert in versch. Größen:
Einbentelige M. 2.75, zweibentel. 40 Pfd. fass., M. 4.50, 60 Pfd. fass., M. 5.75, 80 Pfd. fass., M. 6.50, 1 Zentner fass., M. 7.00 pr. Stück.
Ernst Hempel, Rorbmacher,
Gorschnitz b. Leisnig.

Kürbiskerne,
gut ausgelesen, keine schwarzstüchigen, zu Saatwecken kauft a Pfund 3 Mark.
Ernst Hantsche, Mohren.

Piano
aus Priv. zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis an
Regel, Dresden,
1477 Geisplatz 11 III.

Strunkkransamen
und Saatbohnen kauft zu hohen Preisen
Ernst Hantsche, Mohren.

Die Amtsblatt-Druckerei
Wilsdruff: Zellaerstr. 29: Fernruf 6
liefert alle Drucksachen von einfachster Art bis zum Werkdruck

Haus
mit ca. 1 Scheffel Land u. Obstd. in der Umgebung Wilsdruffs zu kaufen gesucht. Offerten mit Preisangabe unter 1577 an die Exp. des Blattes erbeten.

Haus
mit Obst- und Gemüsegarten oder Feld zu kaufen gesucht.
Karl Höner,
Braunsdorf b. Tharandt

Brautpaar sucht Wohnung
per 1./4 oder 1./7. 1919
Angeb. postl. **Grumbach**
unter F 22 erbeten. 1576

Pianos a. Preis. zu kaufen ar. Off. m. Br. Firma u. Farbang. erb. u. R. W. 066
Invalidentanz Dresden.

Gute Pension
mit sorgfältiger Pflege, Ueberwachung der Schulaufgaben finden Schüler od. Schülerinnen, welche in Reihen die höheren Schulen besuchen. Nähere Auskunft erteilt Frau **Walter Wolke, Wilsdruff.** 1584

Schneiderlehrling
zu Itern gesucht. 1584
Heinrich Ritter,
Schneidermstr., **Grumbach.**
Suche für meinen 16jähr. Sohn 1586

Tischlerlehrlingsstelle
auf dem Lande. Angebote an **Frühse, Dresden-N. 23**
Grogenbäcker Straße 167.

Sängerkränz.
Mittwoch den 22. d. Mts. abends 8 Uhr im Vereinszimmer
Verammlung.
Begrüßung der Feldzugs-Teilnehmer. Daran anschließend **Singestunde.**
Um recht zahlreiche Beteiligung aller aktiven und passiven Mitglieder bittet
1580 **der Vorstand.**

Frei! Frei!
Allgemeiner Turnverein Wilsdruff.
(Mitgl. des Arb.-Turnerb.)
Mittwoch 22. 1. abds. 7 Uhr erste Turnstunde i. d. Turnhalle. Buntk. u. zahlr. Geschehen erw. der Turnat.
1580 **Stark! Treu!**

Jüngerer Kinderleibes 1587
Hausmädchen
für 15. Febr. oder 1. März gesucht. **Frau Rothe,**
Puggelstraße, Treub. Str. 66.

Suche ein
Mädchen,
welches Lust hat zur Landwirtschaft.
1588
Unkersdorf,
Out Nr. 21.